

SOC-109-08

Brüssel, den 5. März 2008

**An die Mitglieder des Ausschusses für den
sektoralen sozialen Dialog im Zuckersektor**

**An die Mitglieder der Arbeitsgruppe
für soziale Fragen**

***Die wichtigsten Schlussfolgerungen der Vollversammlung des Ausschusses
für den sektoralen sozialen Dialog im Zuckersektor
am Donnerstag, dem 28. Februar 2008***

Sehr geehrte Damen und Herren,

beiliegend finden Sie zu Ihrer Information die wichtigsten Schlussfolgerungen der Vollversammlung des Ausschusses für den sektoralen sozialen Dialog im Zuckersektor am Donnerstag, dem 28. Februar 2008.

Diese Schlussfolgerungen sowie die Anhänge werden in Kürze auf die gemeinsame Eurosugar-Website gestellt (www.eurosugar.org).

Mit freundlichen Grüßen

Dominique LUND

AUSSCHUSS FÜR DEN SEKTORALEN SOZIALEN DIALOG IM ZUCKERSEKTOR

Vollversammlung am 28. Februar 2008

11 Uhr – 17 Uhr

Centre Borschette

Vorsitz: Jean-Pierre Pinasseau – Harald Wiedenhofer

Teilnehmer

<u>LAND</u>	<u>EFFAT</u>	<u>ORGANISATION</u>	<u>CEFS</u>
BELGIEN			Alain MARLIER ISCAL Sugar SA Michel MEEUS
BULGARIEN	Petrov SLAVELLO	FITU-FOOD	UZUNOV GEORGI GLUSHKOV DILYAN (Zahani Zadovi PLC)
DÄNEMARK	Jesper NIELSEN	3F	Peter RASMUSSEN (Danisco Sugar)
DEUTSCHLAND	Wolfgang ENDLING	NGG	Stefan RÖSSING (Verein der Zuckerindustrie)
FINNLAND	Henri LINDHOLM	SEL	
FRANKREICH	Jean-Michel DESMECHT Jean-Jacques CAZAUMAYOU Didier WILLIOT Jean-Paul BRULIN	FGA CFDT FGTA-FO CFE-CGC CFE-CGC	Jean Pierre PINASSEAU (Französischer Verband)
GRIECHENLAND	-	-	Themistoklis CHRYSIKOPOULOS (Hellenic Sugar Industry SA)
ITALIEN			Giorgio SANDULLI (Assozucchero)
NIEDERLANDE			Chris H. KRAAIJMES (Suiker Unie Dinteloord)
ÖSTERREICH	Thomas BUDER	GMTN	-
POLEN	Tomasz SZCZESZEK Stanislaw LUBAS Sylwester ST_PIE_ Marta SERAFIN	NSZZ „Solidarnosc“ NSZZ „Solidarnosc“ NSZZ „Solidarnosc“ NSZZ „Solidarnosc“	Gerd JUNG (Sugar Association) Aleksandra GARBARCZYK
PORTUGAL	Antonio LOUÇAO	SETAA	
SPANIEN	Eugenio GARIGLIO Félix GONZALEZ DEL VAL Félix FEO CASARES	FTA-UGT CC.OO CC.OO	Teresa LUIS RUIZ (BONPHIL) Rafael VARGAS PENALVA (Azucarera Ebro)
UNGARN	-		Béla FISCHER (Magyar Cukor Rt) Zoltan KOCZKA (Sugar Association)
VER. KÖNIGREICH	Ray BOYLE Justin BOWDEN	GMB GMB	Simon HARRIS (British Sugar)
Europäische Kommission	Carlos LOPES (GD EMPL) Alessandro ALBANI (GD AGR1) Doris FISCH (GD AGR1) Michel COOMANS (DG ENTR) Miguel GARCIA NAVARRO (GD ENTR)		
Europäische Sekretariate	EFFAT Harald WIEDENHOFER Eric DRESIN Maya BOGAERT CEFS Jean Louis BARJOL Dominique LUND Camille PERRIN Oscar RUIZ Patrick PAGANI		

I - Reform der Zuckermarktordnung und soziale Auswirkungen

Aktueller Stand der Reform

Jean Louis Barjol (CEFS) zählt zur Erinnerung die wichtigsten Elemente der Reform der Zuckermarktordnung auf: Verringerung der Preise um 36 % in 4 Jahren sowie Verringerung der Produktion um 6 Millionen Tonnen vor 2010. In den ersten beiden Kampagnen (2006/07–2007/08) wurden nur 2,18 Millionen Tonnen aufgegeben. Die Kommission ergriff Maßnahmen, die zu einer Beschleunigung des Quotenverzichts anreizen sollen. Die erste Serie dieser Maßnahmen (erste Phase) läuft bis zum 31.1.2008, die zweite Phase bis zum 31.3.2008. 2,5 Millionen Tonnen wurden bis zum 31.1.2008 aufgegeben (+ 0,1 Millionen Tonnen für 2009/10), das bringt die Gesamtmenge des Quotenverzichts zu diesem Zeitpunkt auf 4,84 Millionen Tonnen. 1,16 Millionen Tonnen müssen noch aufgegeben werden. Sollte das Ziel 2010 nicht erreicht sein, wird die Kommission selbst eine obligatorische Reduzierung der Quoten in der entsprechenden Höhe vornehmen.

Mit dem Verweis darauf, dass drei Länder (Irland, Lettland und Slowenien) bereits auf ihre gesamte Quote verzichtet haben, erläutert Jean Louis Barjol die Mittel, die den Herstellern noch zur Verfügung stehen: Verringerung der variablen Kosten und der Verwaltungskosten, Optimierung der Vermögenswerte, zusätzliche Aktivitäten (Biotreibstoff, Raffination usw.). Er hebt hervor, dass sich die laufende Umstrukturierung beschleunigen wird und dass alle Regionen der EU betroffen sein werden. Die Union werde vom Nettozuckerexporteur zum Nettoimporteur (siehe Präsentation in Anhang 1).

Jean Louis Barjol spricht ebenfalls das Risiko von Einfuhren aus Drittländern an, die nicht mit der Reform der Zuckermarktordnung vereinbar sind. Derzeit werden von der EU mit diesen Ländern verschiedene politischen Vereinbarungen ausgehandelt. Hierzu gehören Freihandelsvereinbarungen mit bestimmten Ländern oder Regionen wie die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) und das multilaterale Handelsübereinkommen bei der Welthandelsorganisation. Sobald das Einfuhrvolumen nicht vom europäischen Binnenmarkt absorbiert werden kann, führt dies zu einer Verringerung der Produktionsquoten. Neben einem unrealistischen politischen Ziel von 3,5 Millionen Tonnen Einfuhren im Rahmen der WPA, das den Bedarf der EU um über 50 % übersteigen würde, ist das Risiko von massiven Einfuhren im Rahmen der laufenden Verhandlungen bei der WTO besonders aktuell. Wenn die derzeitigen Vorschläge gebilligt würden, würde dies die gesamte Reform der Zuckermarktordnung zunichte machen. **In einigen Tagen wird ein von CEFS, EFFAT, CIBE¹, den AKP-Ländern und den LDC unterzeichneter offener Brief an das Europäische Parlament und den Rat gerichtet** (siehe Anhang 2).

Werksschließungen

Eric Dresin (EFFAT) stellt eine Karte und ein Arbeitsdokument mit einer Aufstellung der bis jetzt registrierten Werksschließungen vor. Wie in der Reform vorgesehen, wurde zwischen 2006/07 und 2008/09 auf 80 % der Quoten verzichtet, die aufgegeben werden müssen, das entspricht 73 von 183 Fabriken. Nach den Informationen, die bei CEFS und EFFAT bis zum 31.12.2007 eingegangen waren, wurden seit Beginn der Reform (2005/2006) bereits 50 Werke

¹ Internationalen Vereinigung Europäischer Zuckerrübenanbauer (Confédération Internationale des Betteraviers Européens)

geschlossen. Am 31.1.2008 waren bereits 23 zusätzliche Schließungen angekündigt. Die Arbeitsplatzverluste werden derzeit auf ungefähr 10 000 direkte Stellen geschätzt. Dies entspricht ungefähr 50 000 indirekten Arbeitsplätzen².

Eric Dresin erinnert daran, dass bei diesen Schließungen nur ein einziger größerer Konflikt zwischen Arbeitgeber und Beschäftigtem entstand (Irland). Dieser Fall ist mittlerweile geregelt. In Italien wurde auf nationaler Ebene unter Beteiligung aller betroffenen Gruppen ein Umstrukturierungsplan eingesetzt. In allen anderen Fällen erfolgte die Aushandlung von Sozialplänen. Dabei kamen Maßnahmen wie Weiterbeschäftigung, Ausgleichszahlungen, Schulungen und Vorruhestandsregelungen zum Einsatz. Die Gewichtung der verschiedenen Komponenten variiert je nach Land in Abhängigkeit vom wirtschaftlichen und kulturellen Umfeld. Harald Wiedenhofer unterstreicht die Notwendigkeit, denjenigen, die ihren Arbeitsplatz verlieren, so intensiv wie möglich zu helfen, einen neuen Arbeitsplatz zu finden (siehe Präsentation der EFFAT in Anhang 3).

Giorgio Sandulli (italienischer Verband) stellt das italienische Beispiel vor (siehe Beispiel für gute Verfahrensweisen in Anhang II des CSR-Berichts). 15 von 19 Werken wurden geschlossen. Im Vergleich zur Produktion von 2005 wurden 67 % der Produktion aufgegeben. Die – stark vertretenen – Gewerkschaften wirkten zusammen mit den Arbeitnehmervertretern, den Arbeitgebern, dem Landwirtschaftsministerium und dem Arbeitsministerium an der Einsetzung eines auf nationaler Ebene ausgearbeiteten Plans mit. Über das freiwillige Ausscheiden von Mitarbeitern und den Eintritt in den Ruhestand hinaus gab es keine Entlassungen von Personal. Wichtige Investitionen für die Schaffung alternativer Geschäftstätigkeiten (Biokraftstoffe, Handelstätigkeiten) wurden getätigt. 15 regionale Umwandlungsvereinbarungen wurden unterzeichnet, in denen die neuen Aktivitäten, der Termin für den Beginn der Tätigkeit und die Anzahl der Beschäftigten festgehalten wurden. In der Zwischenzeit wird den Arbeitnehmern von der öffentlichen Hand und dem Unternehmen ein Ersatzentgelt in Höhe von ungefähr 1600 Euro/Monat gezahlt. Außerdem erhielten Saisonarbeiter, die Arbeitsmöglichkeiten verloren haben, von der öffentlichen Hand eine außerordentliche finanzielle Unterstützung.

III – Soziale Verantwortung in der europäischen Zuckerindustrie

CSR-Bericht 2007

Dominique Lund stellt kurz den fünften Bericht über die Umsetzung der sozialen Verantwortung der Unternehmen in der Zuckerindustrie in 2007 vor (siehe Anhang 4). Es wird an den politischen Kontext (Teil I) erinnert: Zur drastischen und über einen kurzen Zeitraum durchgeführten Reform der Zuckermarktordnung kommt die Gefahr von Einfuhren aus Drittländern hinzu, die nicht vom europäischen Markt aufgenommen werden können, was zur Folge hätte, dass die Höhe der Produktionsquoten noch weiter reduziert würde. Eine Zusammenfassung dieser Botschaft findet sich in den Schlussfolgerungen des Berichts. Es ist von wesentlicher Bedeutung für den Sektor, die politischen Entscheidungsträger auf europäischer ebenso wie auf nationaler Ebene dazu zu veranlassen, eine klare und kohärente

² Man geht generell davon aus, dass in der Zuckerindustrie ein direkter Arbeitsplatz 5 indirekte Arbeitsplätze schafft.

Vision für die Landwirtschaftspolitik (Zuckerreform) und die Außenhandelspolitik (WPA, WTO, Freihandelsvereinbarungen) zu verfolgen.

Der zweite Teil mit dem Titel „Management der Umstrukturierung“ wurde bereits am Vormittag angesprochen. Der dritte Abschnitt „Umsetzung des Verhaltenskodex“ wird von Jean Pierre Pinasseau (Frankreich) kommentiert. Er verweist insbesondere auf die Standards „Ausbildung und Schulung“ sowie „Umstrukturierung“, in Bezug auf die 2007 ganz besondere Anstrengungen unternommen wurden. Er beschreibt kurz die von Frankreich³, Italien⁴ und der Tschechischen Republik⁵ für die Bereiche Sicherheit und Gesundheitsschutz und Umstrukturierung vorgelegten Beispiele für gute Verfahrenspraktiken (siehe Anhang II des Berichts).

Die polnischen Delegierten unterstreichen, dass sie es für sehr wichtig halten, dass die Standards des Verhaltenskodex in gleicher Weise in allen Ländern und besonders in den neuen Mitgliedsländern respektiert werden.

Der Bericht 2007 wird vom sektoralen Ausschuss gebilligt und wird ebenso wie die Beispiele für gute Verfahrenspraktiken so bald wie möglich als endgültiger Bericht auf die gemeinsame Website von CEFS und EFFAT www.eurosugar.org gestellt (siehe Bericht in Anhang 5).

Aus- und Weiterbildung und Beschäftigungsfähigkeit

Zur Eröffnung der Diskussion erinnert Jean Pierre Pinasseau daran, dass der Zucker-Verhaltenskodex vorsieht, dass „im Rahmen von Umstrukturierungen [...], die soziale Auswirkungen im Sinne dieses Verhaltenskodex haben, [...] alle Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit des Personals unternommen“ werden (7. Standard – Umstrukturierung), und stellt einige Überlegungen in Zusammenhang mit der Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit der Mitarbeiter an. Er spricht insbesondere die folgenden Aspekte an (siehe Präsentation in Anhang 6):

- . Eine gemeinsame Definition finden
- . Rechtlicher und verordnungsspezifischer Kontext
- . Bestehende Instrumente
- . Maßnahmen, die die Beschäftigungsfähigkeit fördern können
- . Betroffenes Personal

Als Beispiel für Verbindungswege, die von einem Beruf zum anderen führen können, erinnert er daran, dass in Frankreich 13 berufliche Befähigungsnachweise (Certificats de Qualification Professionnelle - CQP) harmonisiert wurden, die von 20 Berufsbranchen der Ernährungsindustrie anerkannt werden (zum Beispiel Maschinenführer oder Instandhaltungsmitarbeiter – siehe das Beispiel für gute Verfahrensweisen, das im Bereich Aus- und Weiterbildung auf Eurosugar dokumentiert ist). Aus- und Weiterbildung stelle hier deutlich ein gutes Mittel dar, um die Anerkennung der Fachkenntnisse und die Übertragbarkeit der Qualifizierungen zu ermöglichen. Aber was in

³ Aktualisierung der fachlichen Leitfäden gemäß dem aktuellen Stand (Verbreitung von Legionellen, Sicherheit in den Zuckersilos, Verwendung von Formalin, Entladen der Zuckerrüben, Schaffung einer Website).

⁴ Einsetzung eines nationalen Sozialplans in Italien im Rahmen der Schließung von 15 Fabriken.

⁵ Programm für die kostenlose Impfung am Arbeitsplatz.

einem Land verwirklicht wurde, könne nicht notwendigerweise auf andere Länder übertragen werden (J.J. Cazaumayou – Frankreich).

Peter Rasmussen (Danisco, Dänemark) teilt mit, dass in Dänemark, Finnland, Litauen und Schweden der Prozess der Werksschließungen in hohem Maße vorweggenommen wurde. Jedem Einzelnen sei besondere Aufmerksamkeit beigemessen worden, um ihm, gemäß seinen spezifischen Bedürfnissen, dabei zu helfen, wieder einen Arbeitsplatz zu finden. 90 % der betroffenen Arbeitnehmer seien so in der Lage gewesen, wieder einen Arbeitsplatz zu finden. Er spricht auch den Zusammenhang zwischen der Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmer und der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens an. In der Zukunft werde es wichtig sein, die Motivation des Personals, neue Fähigkeiten zu entwickeln, zu fördern. Das Unternehmen müsse Mittel zur Verfügung stellen, die auch verwendet werden müssten.

Es entwickelt sich eine Diskussion darüber, dass sich dieser Erwerb von Fähigkeiten in das normale Funktionieren des Unternehmens integrieren müsse und nicht nur auf der Notwendigkeit beruhen dürfe, einen neuen Arbeitsplatz zu finden, da dies kein optimales psychologisches Umfeld darstelle. Die Erhöhung der Kompetenzen auf allen Ebenen des Unternehmens müsse eine normale Vorgehensweise werden. Dies sei verbunden mit der Verantwortung des Arbeitgebers ebenso wie des Arbeitnehmers. Thomas Buder (Österreich) spricht ebenfalls die Rolle des Alters der Arbeitnehmer in Ausbildungsprogrammen an: die Motivation sei nicht mehr unbedingt die gleiche bei älteren Arbeitnehmern, die aber andererseits ihre Erfahrung an die jüngeren weitergeben könnten.

Ebenfalls angesprochen wird, dass es in verschiedenen Ländern Stellen gibt, die mit der Wiedereingliederung der Arbeitnehmer befasst sind. In Belgien entwickle sich eine Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Stellen wie den Beschäftigungszellen, der Nationalen Arbeitsagentur, dem Institut für die Ausbildung im Lebensmittelbereich. In Abhängigkeit von der Bilanz der Fähigkeiten und der persönlichen Entwicklungsplanung könne eine staatlich anerkannte Ausbildung gewährt werden. Die Arbeitsagentur helfe ebenfalls bei der Suche nach einem Arbeitsplatz in der gleichen Region. Ein Beispiel für gute Verfahrensweisen war im Übrigen im vergangenen Jahr vom österreichischen Delegierten vorgestellt worden (Arbeitsstiftung Agrana).

Harald Wiedenhofer unterstreicht, dass es, wenn man den Arbeitnehmern eine langfristige Beschäftigung im gleichen Unternehmen nicht mehr garantieren könne, wichtig sei, es ihnen zu ermöglichen, über Mittel zu verfügen, um ihre Kompetenzen zu verbessern, und ihnen gegebenenfalls dabei zu helfen, einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Dieses Thema verdiene tiefere Überlegungen der Sozialpartner auf der Grundlage konkreter Elemente.

Er schlägt vor, eine Ad-hoc-Gruppe von CEFS und EFFAT zu reaktivieren, um Vorschläge vorzulegen und die Diskussion über das Thema der Beschäftigungsfähigkeit in der Zuckerindustrie voranzubringen. Mehrere EFFAT-Delegierte haben bereits den Wunsch geäußert, an dieser Arbeitsgruppe teilzunehmen (Österreich, Deutschland, Dänemark, Frankreich, Polen, Vereinigtes Königreich). Das CEFS wird seinerseits seine Vertreter nach der nächsten Sitzung der Arbeitsgruppe für Sozialfragen Ende Mai bekanntgeben.

III – Die großen wirtschaftlichen Herausforderungen, mit denen die Zuckerindustrie konfrontiert ist

Verwaltungsausschuss Zucker vom 28.2.2008

Alessandro Albani (GD AGRI - Abteilung Zucker) berichtet über die Schlussfolgerungen des Verwaltungsausschusses Zucker vom gleichen Tag. Er wiederholt die Punkte der Pressemitteilung der Kommission IP/08/306 vom 26.2.2008 (siehe Anhang 7). Da der Umfang des am Ende der ersten Phase erreichten Quotenverzichts annehmbar erscheint, beschließt die Kommission, derzeit keine präventiven Marktrücknahmen vorzusehen. In Abhängigkeit von den nach der zweiten Phase erreichten Ergebnissen, wird die Kommission darüber entscheiden, ob eine präventive Rücknahme im Oktober angezeigt scheint.

Simon Harris (Vereinigtes Königreich – British Sugar) stellt die Frage, ob es 2008/09 ein Ausfuhrprogramm geben werde. Wenn dies nicht der Fall sei, bestünde bei einem Fehlen von präventiven Rücknahmen die Gefahr einer zu großen Produktion ohne Ausfuhrmöglichkeit. A. Albani verweist darauf, dass die Erstattungen 2006/07 auslaufen hatten sollen. Eine außergewöhnliche Situation in 2007/08 habe zu einer Verlängerung dieser Maßnahme geführt. Die Situation sei 2008/09 anders, aber wenn es einen Überschuss gebe, könne man im Oktober eine Rücknahme machen. Auf jeden Fall handele es sich dabei um eine politische Entscheidung. Simon Harris fordert zur Vorsicht auf.

Änderung der Zusammensetzung von Produkten und Plattform über die Wettbewerbsfähigkeit

Michel Coomans (GD Unternehmen) stellt eine Analyse der Wettbewerbsfähigkeit in der europäischen Ernährungsindustrie und der Zuckerindustrie vor sowie einige Überlegungen zur Änderung der Zusammensetzung von Produkten. Er erläutert die Modalitäten für die Einsetzung einer hochrangigen Gruppe über die Wettbewerbsfähigkeit entsprechend dem Vorschlag von Kommissar Verheugen im November 2007 (siehe Anhang 8). Diese Gruppe wird voraussichtlich rund dreißig Personen umfassen, zu denen die Kommissare Fischer Boel, Kyprianou und Verheugen sowie eine Reihe von Ministern (für Landwirtschaft oder Industrie) und Führungskräften multinationaler Unternehmen gehören werden. Verbände werden ebenfalls einen Beitrag leisten können. Drei Sitzungen sind über einen Zeitraum von 10 bis 12 Monaten vorgesehen, die erste Ende März. Eine Gruppe von „Sherpas“ soll die Koordinierung der Tätigkeiten sicherstellen. Außerdem müssen Arbeitsgruppen geschaffen werden, um die horizontalen und vertikalen Interessen - wie den Zucker - zu vertreten, den er als Inhaltsstoff mit zentraler Bedeutung bezeichnet.

Da einige Zahlen in Zusammenhang mit dem Zuckersektor nicht korrekt erscheinen, insbesondere für den Zuckerkonsum (der nicht bei 62 kg pro Person und Jahr liegt, sondern einschließlich anderer kalorischer Süßungsmittel zwischen 30 und 40 kg⁶), wird vereinbart, dass das CEFS der GD Unternehmen (Abteilung F4) alle erforderlichen Erläuterungen und ergänzenden Informationen übermittelt. Außerdem wird hervorgehoben, dass die Wettbewerbsfähigkeit und die Ausfuhrkapazitäten des Zuckersektors aufgrund der Tatsache, dass er sich mitten in einer Umstrukturierung befindet, nicht mit denen anderer Länder der Welt verglichen werden können, die von deutlich anderen wirtschaftlichen Bedingungen profitieren. Durch die Reform der Zuckermarktordnung wird der Nettoexporteur EU de facto zum Nettoimporteur. Die EFFAT weist zudem darauf hin, dass sich die AKP-Länder laut den Feststellungen ihrer Mutterorganisation IUL⁷ nach der Aufkündigung des Zuckerprotokolls selbst extrem in ihrer Exportfähigkeit geschwächt sehen. Harald Wiedenhofer sieht sich seinerseits dazu veranlasst, sich Fragen über den politischen Willen der Entscheidungsträger stellen, eine wettbewerbsfähige Zuckerindustrie in der EU zu erhalten.

CEFS und EFFAT machen gegenüber Herrn Coomans ihr Interesse für die Arbeiten deutlich, die im Rahmen der hochrangigen Gruppe durchgeführt werden, und bringen ihren Wunsch zum Ausdruck, ihren Beitrag in Bezug auf den Zucker (Ernährungsaspekte, geänderte Zusammensetzung von Erzeugnissen) zu leisten und dies gemäß den hierfür angemessen erachteten Modalitäten zu tun.

WTO-Verhandlungen

Simon Harris berichtet über den Stand der aktuellen WTO-Verhandlungen. Auch wenn es aufgrund der Wahlen in Amerika nicht sicher ist, dass ein WTO-Übereinkommen von den USA noch während der Präsidentschaft von George Bush angenommen werden kann, gehen die technischen Verhandlungen in Genf ohne Unterbrechung weiter und besteht ein starker Willen bei der EU und der WTO, zu versuchen, so schnell wie möglich zu einem Abschluss zu kommen. Wenn der Verhandlungsführer der Kommission die aktuellen landwirtschaftlichen Vorschläge der WTO (letztes Falconer-Dokument über die Modalitäten) unter diesen Bedingungen akzeptieren würde, würde dies die Reform der Zuckermarktordnung definitiv untergraben. Insbesondere eine Einordnung des Zuckers als sensibles Produkt würde es ermöglichen, einer nicht mehr kontrollierbaren Verringerung des Zollschatzes zu entkommen, würde es aber erforderlich machen, ein Zollkontingent zu akzeptieren, das die Einfuhren voraussichtlich deutlich erhöhen würde, was bedeuten würde, über die im Rahmen der Reform vorgesehene Verringerung um 6 Millionen Tonnen hinauszugehen (siehe Präsentation in Anhang 9).

⁶ Laut FAO belief sich 2003 für die EU-15 der Konsum von Zucker und anderen kalorischen Süßungsmitteln auf 40,2 kg pro Person und Jahr. 2008 beläuft sich der Gesamtverbrauch der EU von Zucker und Isoglukose auf 16,5 Millionen Tonnen. Verteilt auf 497 Millionen Einwohner (Eurostat, 2008, EU-27) entspricht dies einem Verbrauch von rund 30 kg/Person/Jahr.

⁷ EAL-IUL in Genf.

WPA-Verhandlungen

Patrick Pagani berichtet über den Stand der Verhandlungen, die von der EU mit den 77 AKP-Ländern (Afrika, Karibik, Pazifik) aufgenommen wurden, die so genannten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen. Diese Vereinbarungen, die die betroffenen Länder in 6 Regionen aufteilen werden, werden die derzeitigen Cotonou-Vereinbarungen ablösen. Insbesondere

werden die Einfuhren quoten- und zollfrei werden, da das Zuckerprotokoll zum 1.10.2009 aufgekündigt wurde. Es handelt sich dabei in der Praxis um eine Ausweitung der „Alles außer Waffen“-Regelung auf sämtliche AKP-Länder. Patrick Pagani unterstreicht die Notwendigkeit für die Einsetzung einer realistischen und anwendbaren Schutzklausel sowie die Einhaltung der Erklärung der Kommission, die Situation immer dann zu prüfen, wenn die Einfuhren aus den LDC die Einfuhren des Vorjahres um 25 % übersteigen (Übernahme aus der „Alles außer Waffen“-Erklärung – Siehe Präsentation in Anhang 10).

Präferenzielle Ursprungsregeln

Aus Zeitmangel kann dieses Thema nicht während der Sitzung behandelt werden. Zwei Systeme von präferenziellen Ursprungsregeln werden kurzfristig vorgeschlagen: das aktuelle allgemeine Präferenzsystem (APS) mit einigen Verbesserungen und Änderungen gilt ab sofort für die WPA. Diese müssten in einigen Jahren zum neuen, überarbeiteten APS-System übergehen, über das derzeit im Ausschuss für den Zollkodex bei der Kommission diskutiert wird. Dieses neue System wird, wenn es von den Mitgliedstaaten akzeptiert wird, am 1.1.2009 gleichzeitig mit dem neuen Schema allgemeiner Zollpräferenzen 2009-2013 in Kraft treten. Es scheinen Meinungsverschiedenheiten zwischen der Kommission, den Mitgliedstaaten und der Industrie zu bestehen. Ungeachtet dessen sind die vorgeschlagenen Maßnahmen für die Zuckerindustrie allgemein gesehen zufriedenstellend. Für unsere Industrie sind folgende Punkte von wesentlicher Bedeutung:

- . Die Mischung von Zucker mit einem anderen Erzeugnis darf nicht die Ursprungseigenschaft verleihen (das ist im Entwurf der Kommission so vorgesehen).
- . Die Raffination darf nie die Ursprungseigenschaft verleihen (das ist im aktuellen Entwurf noch nicht bestätigt).
- . Der Zucker und die gezuckerten Erzeugnisse müssen von der Kumulierung ausgeschlossen sein (auch das muss noch im aktuellen Entwurf bestätigt werden).
- . Die Toleranzregel für Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaften im Endprodukt darf 15 % nicht übersteigen (das ist im aktuellen Text so vorgesehen, muss aber im Rahmen der aktuellen Debatten noch definitiv bestätigt werden).

Ebenso wie die WTO-Verhandlungen und die WPA-Verhandlungen müssen die Ursprungsregeln mit der Zuckermarktordnung vereinbar bleiben, da sich sonst daraus nachteilige Auswirkungen mit möglicherweise schwerwiegenden Folgen ergeben könnten (nicht beherrschte Einfuhren, Umgehungen). Siehe Präsentation in Anhang 11.

IV – Arbeitsprogramm der Sozialpartner für 2008

Harald Wiedenhofer schlägt vor, das von den Sozialpartnern ausgearbeitete Arbeitsprogramm (siehe Anhang 12) um die vorgesehenen Arbeiten über die Beschäftigungsfähigkeit in der Zuckerindustrie zu ergänzen. Außerdem wurden und werden in Kürze mehrere gemeinsame Schreiben an die Institutionen gerichtet (Schreiben an Herrn Verheugen vom 20.2.2008, offener Brief an das Parlament und den Rat vom 3. März 2008).

V – Verschiedenes

Herr Carlos Lopes (GD Beschäftigung) bestätigt, dass die Studie über die Repräsentativität in der Zuckerindustrie, die Anfang 2007 von der Kommission in Auftrag gegeben und von der Stiftung in Dublin durchgeführt wurde, kurz vor dem Abschluss steht. Der Abschlussbericht wird voraussichtlich vor dem Sommer veröffentlicht. **Sicher ist, dass die Sozialpartner der europäischen Zuckerindustrie in diesem Bericht von der Kommission offiziell als repräsentative Partner anerkannt werden.**